

152 %
158 %
(mündlich)
151 %
niedrige Abfuhr

152 %
148 %
(ich)

drich Schmidt
buch. — Fo-

77 3.

Für Mit-
des, aber im
Niederösterreich

die

g

1317

u

unde

iger Kinder
dant. 1309

1927.

e.
en und
teilung,
e Mut-
Lante

schwerer
anz 53

uerle

Uhr.

g

ope

er

g., Nagold.

Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Unterhaltungsbeilagen
„Feierstunden“ und „Unsere Heimat“



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage
„Haus-, Garten- und Landwirtschaft“

Bezugspreise:
Monatlich einschließlich Trägerlohn M. 1.60
Einzelnnummer 10 S
Erscheint an jedem Werktag
Verbreitetste Zeitung im O.A.-Bezirk Nagold
Schriftleitung, Druck u. Verlag von G. W. Sailer (Karl Sailer) Nagold

Anzeigenpreise:
Die einspaltige Stelle aus gewöhnlicher Schrift oder deren Raum 15 S, Familien-Anzeigen 12 S, Reklame-Stelle 45 S, Sammelanzeigen 50%, Aufschlag für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge und Chiffre-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegramm-Adresse: Gefellschafter Nagold. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Postcheckkonto Stuttgart 5113

Nr. 80

Gegründet 1827

Mittwoch, den 6. April 1927

Sprechzeit Nr. 29

101. Jahrgang

Tagespiegel

Das Ableben des Königs Ferdinand von Rumänien, der an Krebs leidet, ist stündlich zu erwarten.

Von Mussolini und Graf Bethlen ist in Rom ein italie-nisch-ungarischer Freundschaftsvertrag unterzeichnet worden. Halbsamlich wird erklärt, der Vertrag sei nicht gegen Süd-slavien gerichtet, sondern streng im Geist aller Völkerverbündungsbestimmungen gehalten. — Dann würde es doch aller dieser „Freundschaftsverträge“ nicht bedürfen!

Die Belgrader „Politika“ berichtet, die (von Italien unter-stützt) Kämpfe in Albanien werden eifrig fortgesetzt. Bei Skutari werden Bergbefestigungen angelegt und Frei-willige bewaffnet.

Der Londoner „Evening Standard“ berechnet, das in China auf dem Spiel stehende englische Kapital besizere sich auf etwa 7 Milliarden Goldmark.

Der Kampf um die Subventionen

Was sind „Subventionen“? Man versteht darunter einmalige oder regelmäßige finanzielle Beihilfen, die der Staat an Privatunternehmungen gewährt, sei es in Gestalt eines Sonderdarlehens, sei es in Form eines glatten Gesichts. Die Subvention ist also eine besondere Art von öffentlicher Wirtschaftsförderung, freilich nicht gerade die Art, die uns erwünscht ist. Man spricht heute viel davon, daß das Reich dem Wirtschaftslieben fördernd zur Seite stehen müsse, um die zahlreichen Hemmnisse zu überwinden, die sich beim Wiederaufbau geordneter Verhältnisse ergeben werden. Diese Wirtschaftsförderung muß aber so eingestuft sein, daß sie der Allgemeinheit zugute kommt und nicht den einen Betrieb bevorzugt und den anderen zurück-setzt. Der Staat kann seine Verwaltung vereinfachen und dadurch die Wirtschaft von Steuern entlasten. Damit wäre gerade heute, wo die Steuerbürde manches Unternehmen direkt zugrunde richtet, schon viel erreicht. Der Staat kann ferner dafür sorgen, daß die augenblicklich freien Mittel seiner Kassen dem Kreditbedürfnis der Wirtschaft einheitlich zur Verfügung gestellt werden. Auch damit hat es bei uns bis-her noch immer gehapert. Erst dieser Tage ist es endlich erreicht worden, daß die Reichsbahngesellschaft einen größeren Teil ihrer flüssigen Gelder — zunächst 200 Millionen Mark — bei der Reichsbank als der allgemeinen Kredit-geberin ins Depot legt, ein Vorgang, dem hoffentlich recht bald auch die Hinterlegung anderer öffentlicher Gelder bei der Reichsbank folgen möchte, beispielsweise auch der Gelder der Sozialversicherung, der Krankenkassen, Wirtschaftsför-derung, die der Allgemeinheit zugute kommt, ist es weiter auch, wenn das Reich gemeinnützige Einrichtungen volkswirtschaft-lichen Charakters schafft oder doch mindestens unterstützt.

Gemeinam ist all diesen Maßnahmen, daß ihre Aus-wirkungen keinem bestimmten Einzelbetrieb, sondern immer zumindest einer ganzen Wirtschaftsgruppe gilt. Von all dieser Wirtschaftsförderung unterscheiden sich die Subventionen grundsätzlich dadurch, daß sie Vorzugsabgaben an be-stimmte Sonderinteressen sind, wie seinerzeit Bar-mak. Sie widersprechen daher der obersten Regel der Wirtschaftspolitik, der gleichmäßigen Behandlung aller Wirtschaftenden. Es geht nicht an, daß aus den Steuern, die die Allgemeinheit aufbringt, einzelne eine Bergünstigung empfangen. Das untergräbt nur die Wirtschaftsmoral und das Vertrauen zum Staat und erweckt Ansprüche, die un-erfüllbar sind. Das System der Subventionen ist deshalb vom Standpunkt vernünftiger Wirtschaftspolitik aus durch-aus abzulehnen, und ebenso auch in finanzpolitischer Betrach-tung, zumal unter den heutigen deutschen Verhältnissen, die von der Reichsfinanzverwaltung dringlichste Sparmaßnahme verlangen. Reichsfinanzminister Dr. Köhler hat sich kürz-lich ganz entschieden in dieser Weise ausgesprochen. Ebenso wird auch vom Reichswirtschaftsminister die Anschauung ver-treten, daß Subventionen praktisch im Widerspruch zum Grund-satz der wirklich freien Wirtschaft stehen.

Aber keine Regel ohne Ausnahme! Und die Ausnahmen haben nur allzugerne die Neigung, die Regel wie ein Sieb zu durchlöchern. Der Deffenlichkeit bietet sich heute das Schauspiel eines zähen Kampfes zwischen der Reichsregie-rung, den Parteien und bestimmten Privatunternehmungen um Subventionen, teils alte, die weitergehen, teils neue, die erst noch bewilligt werden sollen. Es leuchtet ein, daß unter besonderen Umständen natürlich eine Subvention manchmal nicht zu umgehen ist. Wenn das volkswirtschaftliche, das nationale Interesse verlangt, daß ein bestimmter Privatbe-stand unbedingt aufrechterhalten wird, dann muß eben der Staat, der oberste Hüter des Gemeinwohls, entsprechend eingreifen. Dies war der Fall, als wir nach dem Krieg an Stelle der ausgelieferten Handelsflotte uns eine neue bauen mußten; gleiches gilt von den Notmaßnahmen im west-lichen Industrieregion nach dem Ruhr-Einbruch, und auch unter deutschem Flugwesen konnte die schwere Zeit der Einschränkungen durch den Versailler Vertrag nur mit Hilfe des Reichs überstehen. In solchen Fällen darf man Subventionen zweifellos gutheißen, aber auch nur in der-artigen Zwangslagen. Zielpunkt muß sein, daß alsbald nach der Befreiung des schwersten Drucks auch die Subvention wieder aufhört, und daß sie im Tempo der Erholung des unterstützten Unternehmens auch allmählich wieder ans Reich zurückgezahlt wird, denn das Reich darf keine Gelder der Allgemeinheit an private Interessen verpfänden. Des-

Reichshaushalt und Konkordatsfrage im Reichstag

Berlin, 5. März

Nachdem der Reichstag unter Ablehnung anderer An-träge eine Entschließung angenommen hatte, wonach für die Erwerbslosen und die Kleinrentnerfürsorge 25 Millio-nen Mark in den Reichshaushalt eingestellt werden, tritt das Haus in die dritte Lesung des Reichshaushalts ein. Abg. Hillerding (Soz.) erklärt, die Sozialdemokratie lehne den Finanzausgleich ab. Abg. Dietrich-Baden (Dem.) verlangt, daß der Finanzausgleich nur auf ein Jahr verlängert werde. Abg. Dr. Bredt (W. Bg.) lehnt eben-falls den Haushaltsplan ab, da er von Sparmaßnahme nichts erkennen lasse. Abg. Graf Reventlow (Nat. Soz.) ver-lanzt Befristung der Darlehensfrage. Stresemann sei

durch den Prozeß in Plauen berart bloßgestellt, daß er zu-rücktreten müsse.

Auf Anfrage erklärt Reichsminister Dr. Stresemann in der Konkordatsfrage bestehe kein Meinungsunterschied zwischen Stresemann als Minister und als Parteiführer. Ueber die albanische Frage sei er im Ausschuß für Aus-wärtiges Auskunft zu geben bereit, soweit es möglich sei. Daselbst gelte von der chinesischen Frage. Mit Wissen der Reichsregierung seien keine Waffen nach China geliefert worden.

Abg. Dietrich vermißt eine klare Stellungnahme Stresemanns in der Konkordatsfrage. Minister Strese-mann antwortet, die Verhandlungen haben in den Mini-sterien erst begonnen, er könne daher keine amtliche Erklärung abgeben.

Stresemann zum Konkordat

Berlin, 4. April. In der gestrigen Sitzung der 5. Kultur-tagung der Deutschen Volkspartei gab Dr. Stresemann, nach seiner Stellung zu dem vielbesprochenen Konkordat befragt, eine ausweichende Antwort. Er habe sich niemals dahin ausgesprochen, daß er den Abschluß eines Konkordats mit der Kurie aus außenpolitischen Gründen für unerwünscht halte. Nachdem Bayern ein Konkordat mit Rom abgeschlossen habe, handle es sich darum: Reichskonkordat oder Landeskonkordat? Es sei festsam, daß die Demokratische Partei im Reich sich an dem Sturm gegen das Konkordat beteilige, während es doch ihre Aufgabe wäre, eine solche reaktionäre Entschließung des demokratischen Kul-tusministers Beder in Preußen zu verhindern. Wenn erst Bayern und Preußen ein Konkordat hätten, dann werde wenig mehr zurückgenommen werden können. Es sei frag-lich, ob die Deutsche Volkspartei stark genug sei, diese Ent-wicklung zu verhindern.

des Staats, c) die Beamtenrechte und die Gewissensfreiheit des Lehrers zu gewährleisten und d) der Schädigung des deutschen Schulwesens durch Zerplitterung vorzubeugen.

Die Demokratische Fraktion hat im Reichstag eine Entschlie-ßung eingebracht, in der die Reichs-regierung ersucht wird: 1. kein Konkordat abzuschließen, das die Freiheit der kulturpolitischen Gesetzgebung beschränkt und dessen Bestimmungen Fragen des Bildungswesens berühren; 2. auf die Landesregierung im gleichen Sinn einzuwirken; 3. in dem angeführten Reichsschulgesetz a) die verfassungs-mäßigen Rechte der Gemeinschaftsschule, b) die Schulfreiheit

Berlin, 5. April. Da die Rede Dr. Stresemanns im kulturpolitischen Ausschuß der Deutschen Volkspartei über das Konkordat am Samstag vielfach und besonders in Zen-trumskreisen Aufsehen erregt hatte — die „Germania“ fragte, ob der Außenminister nicht wisse, welche kulturelle Bedeutung das Papsttum für Deutschland habe — kam Dr. Stresemann heute in einer Versammlung der Parteimitglieder nochmals auf die Konkordatsfrage zurück. Es widerspreche den Tatsachen, wenn aus seiner Rede in der Presse ge-schlossen worden sei, daß er dem Konkordatsgedanken den Kampf angelegt habe. Er habe sagen wollen, daß die Frage des Konkordats nicht von grundsätzlichen Gesichtspunkten aus gelöst werden solle, sondern daß man diese Dinge praktisch ansehen müsse. Nachdem Bayern ein Konkordat bereits abgeschlossen habe und Preußen darüber verhandelt, sei das Reich gewissermaßen schon gebunden. Er befinde sich damit in voller Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler. Er habe ferner darauf hingewiesen, daß die Deutsche Volkspartei führend an der Abwehr von allgemeinen Be-strebungen wirken müsse, die wichtige Grundsätze der Ge-wissensfreiheit aufheben könnten. Diese seine Worte haben sich nicht in erster Linie allein auf das Konkordat bezogen.

halb kommt es auch von vornherein nicht in Frage, daß das Reich dort mit Geldbeihilfen einpringe, wo ein Unternehmen durch ausgesprochene Unfähigkeit seiner Leiter her-untergewirtschaftet ist oder sich unter den neuen Wirtschaftsbedingungen nicht mehr als lebensfähig erweist. Wollte man anderer Ansicht sein, so könnte ja ein jeder Geschäftsmann, der in Schwierigkeiten kommt, eine Subvention verlangen, weil das was dem einen recht ist, auch dem anderen billig sei. Der große deutsche Filmkonzern der Ufa ist ursprünglich mit Reichsmitteln im Krieg gegründet worden. Später hat das Reich seine Aktien verkauft, und Hauptinteressent wurde die Deutsche Bank. Die Ufa ist gewiß ein großzügiges Unter-nehmen, hat aber auch allzu großartig gewirtschaftet. Daher Schwierigkeiten, Wunsch nach Sanierung, Mahnung an das Reich, daß es sein einstiges Kind nicht im Stich lasse. Die Geschichte ging lange hin und her. Parteipolitik mischte sich hinein. Millionen schwirrten durch die Luft. Und heute? Der Reichsfinanzminister ist fest geblieben — und die Ufa hat sich dennoch saniert, holte 56 Millionen Mark an neuen Privat-kapitalien heran, ohne daß das Reich die Lasten zu öffnen brauchte. Natürlich mußte die Deutsche Bank Opfer bringen. Aber warum auch nicht?

Der Telegraphen-verkehr zeigte keine wesentliche Aenderung. Nach der neuen, am 1. Mai in Kraft tretenden Fernsprechornung werden insgesamt über 100 Gebührentafeln eine zum Teil recht be-trächtlich Ermäßigung erfahren. Für die Benutzung der öffentlichen Fernsprechstellen können künftig 10-Pfennigstücke verwendet werden. Die Teilnehmer können in Krankheits-und ähnlichen Fällen Fernsprecheinrichtungen unter erleich-terten Bedingungen erhalten. Die Gesamtzahl der vorhan-denen Fernsprechstellen betrug Ende Februar 2 657 095. Der Auslandsfernverkehr ist um 2,4 v. H. gestiegen. Die Rund-funkteilnehmer nahmen um nahezu 118 000 zu, Ende Februar wurden 1 584 065 gezählt. Die Einnahmen betragen im Februar 134,6 gegen 159,7 Millionen Reichsmark im Januar. Die Ausgaben sind mit 129,9 Millionen gegen den Vormonat (136,5 Millionen) zurückgegangen.

Prozeß Stresemann-Müller

Plauen, 5. April. Im weiteren Verlauf der Verhandlung beklundet der Zeuge Krauß, der 1920 Bevollmächtigter des Reichsfinanzministeriums zur Ueberwachung der Schrottagel-schaften war, nach den Bestimmungen des Ministeriums habe deutscher Schrott überhaupt nicht ausgeführt werden dürfen, da ihn die deutsche Industrie selbst dringend benötigte. Er habe auf dem Bahnhof in Dresden einmal 29 Eisenbahn-wagen deutschen Schrotts, die von der Evaporator-Gesell-schaft ins Ausland verkauft werden sollten, beschlagnahmt lassen. Der Angeklagte, Rechtsanwalt Müller, beantragt die Ladung eines Fabrikbesizers in Plauen, der bezeugen könne, daß auch durch Plauen eine Anzahl Wagen mit deut-schen Granaten gegangen seien. Diese Granaten seien mit einer Masse bestäubt gewesen, um ihnen das Aussehen von verrostetem Material zu geben. Diese Sendung habe von der Evaporator gestammt, als Stresemann noch deren Auf-sichtsratsmitglied war. Der Antrag, die Steuerakten Lit-wins, des Leiters der Evaporator, einzufordern, um die Steuererschleierungen zu beweisen, wird zurückgestellt. Ober-gerichtsrat Goebel, früherer Staatsanwalt beim Kam-mergericht, der in der fraglichen Zeit ins Reichsfinanzmini-sterium kam zur Durchführung der Heeresautorenordnungen, beklundet: Allgemein sei der Vorwurf erhoben worden, daß von der Evaporator und anderen Gesellschaften wie Schweiger und Koppler, Hirsch u. Co. Schrotterfahrungen nach Polen betrieben oder beabsichtigt werden. Er habe beim Oberreichsanwalt Anzeige erstatten wollen wegen Van-deserrats, er habe aber nicht genügend durchgereifenes Material beschaffen können. Namentlich die Firma Hirsch u. Co. habe durch allerlei Kniffe Schrotts auszuführen und auch noch die Ausfuhrabgabe zu hinterziehen versucht.

Neuestes vom Tage

Die Reichspost im Februar

Berlin, 5. April. Nach dem amtlichen Monatsbericht ist der Postverkehr im Februar d. J. gegenüber dem Januar auf den meisten Gebieten gestiegen. Die Zahl der beför-dernden Postpakete hat sich über 10 v. H. in der Postcheck-tenden um 4300 genommen, dagegen ist der Umsatz um 5,8. das durchschnittliche Guthaben der Kunden (617 Millio-

Zwei Spione erschossen

Warschau, 5. April. Das polnische Militärgericht in Thorn verurteilte die Oberleutnants Piontek und Arbaniaf vom polnischen Schützenbataillon in Konig, die beschuldigt waren, Verhörsprotokolle von Westpommern aus Ausland verschafft zu haben, zum Tode. Das Gnadenersuchen wurde abgelehnt und das Urteil abends vollstreckt.

Die Wirren in China

London, 5. April. Reuter behauptet, bei dem Zusammenstoß zwischen Chinesen und Japanern in Hankau seien 10 Chinesen getötet, mehrere verwundet, 2 Japaner getötet, 3 verwundet und 7 als Geiseln verschleppt worden. Der japanische Klub, das Krankenhaus und 2 japanische Arbeitskräfte seien geplündert und angezündet worden.

Die amerikanische Note an China

Die Regierung in Washington hat laut Times an die chinesische Regierung in Peking telephonisch eine Note wegen der Zwischenfälle in Nanking usw. gerichtet. Die Note enthält von dem Uebereinkommen, das zwischen den Generalen Englands, Amerikas und Japans in Peking getroffen wurde, in wesentlichen Punkten ab, und Washington erklärt, daß es auch nur den Schein, als ob es sich in den chinesischen Bürgerkrieg einmische, vermeiden wissen wolle.

Württemberg

Stuttgart, 5. April. Albert Treiber †. Der Leiter des Schwabenverlags, Albert Treiber, hat am Montagabend in einem Anfall gütiger Umnachtung, die eine Folge schwerer Krankheit war, seinem Leben ein Ziel gesetzt. Er stand im 58. Lebensjahr.

Von einer schweren Erkrankung, die Herrn A. Treiber vor einem Vierteljahr befiel, war ein beschwerliches Ohrenleiden zurückgeblieben, das auf das Gemüt des sonst so heiteren und lebensmutigen Mannes einen immer bedrückenderen Einfluß ausübte. Dazu kam in den letzten Tagen der Anfall einer schweren Gehirnerschütterung. — Im Zeitungsweesen war der Verstorbenen eine anerkannte Autorität und erfreute sich allgemeiner Wertschätzung in Journalistkreisen. Er übernahm das seinerzeit von seinem Vater begründete „Süddeutsche Correspondenzbureau“, das er mit Geschick und Umsicht leitete, und das seit 1923 an seinen jüngeren Bruder übergegangen ist. In diesem bösen Inflationsjahr übernahm Herr Albert Treiber die geschäftliche Leitung des „Schwabenverlags“, in dem das „Deutsche Volksblatt“ und andere Zentrumsblätter erscheinen, und seinem geschäftlichen Beitritt und seiner Willenskraft gelang es, das von dem Inflationsstrudel schwer bedrohte Unternehmen wieder auf eine gesunde Grundlage zu führen. Von der großen Arbeitskraft des Entschlafenen legt seine unermüdete, tatkräftige Geschäftsführung bei den Vorbereitungen und der Durchführung des Deutschen Katholikentags in Stuttgart, die in seine Hände gelegt waren, das sprechendste Zeugnis ab. Herr Albert Treiber wird in den Kreisen des Stuttgarter und des württembergischen Zeitungsweesens immer mit Ehren genannt werden.

Defenswahl. Das Bischöfliche Ordinariat hat die Wahl eines Defens für das Stadtdefanat Stuttgart auf Dienstag, den 19. April, anberaunt.

Vom Konsulatwesen. Dem Honorar-Konsul von Honduras in Stuttgart, Dr. Ernst Schwarztopf, ist mit Zustimmung der württ. Staatsregierung namens des Reichs das Exequatur erteilt worden.

Auszeichnungen im Ländlichen Reit- und Fahrverein. Bei der diesjährigen Hauptversammlung des Württ. Landesverbands der Ländlichen Reit- und Fahrvereine erhielten folgende Reitlehrer die Ehrensnur des Verbands: Christian Finzel, Göppingen; Wilhelm Häberle, Faurndau; Christian Borriker, Maitis; Christian Gröbinger, Sparwiesen; Bernhard Zeiler, Laupheim; Martin Kühn, Laupheim; Wilhelm Illa, Jagstheim; Alois Laudaicher, Crailsheim; Wilhelm Seiger, Oberbettringen; Wilhelm Salm, Mögglingen; Peter Redeisen, Herfah; Ludwig Steinhäuser, Wangen im Allgäu; Emil Bucher, Lohrenhof; Forstmeister Frey, Rot a. d. Rot; Wilhelm Scholl, Kirchberg a. S.; Leonhard Schmidt, Ulm a. D.; Zollsekretär Deifel, Ravensburg.

Bessendorf O. Oberndorf, 5. April. Seltenes Wild. Schon vor mehreren Tagen wurden in den Feldern Spuren beobachtet, die das Vorhandensein von Hirschen vermuten ließen. Am letzten Freitag ist es nun einem hiesigen Bürger gelungen, im benachbarten Harzwald zwei Hirsche zu Gesicht zu bekommen.

Schramberg, 5. April. Keine Ausperrung. Die auf Montag geplante Ausperrung in der feintextilen Industrie, von der auch die etwa 280 Mann zählende Belegschaft der Schramberger Majolikafabrik betroffen worden wäre, ist nicht zur Durchführung gekommen. Der für die Industrie gefällte Schiedspruch wurde Samstag nacht für verbindlich erklärt, infolgedessen wurden die seitens der Arbeitgeber ausgesprochenen Kündigungen zurückgezogen. Die Arbeiterschaft der hiesigen Majolikafabrik hat Montag früh, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Arbeit wieder aufgenommen.

Buchau, 5. April. Postneubau. Im Postetat sind für den Postneubau in Buchau 80 000 Mark bewilligt worden. Die Reichsbahndirektion hat die Ueberlassung eines Abschnitts von etwa 6 Mr 20 Dm. der bahneigenen Parzelle Nr. 309 beim Bahnhof als Baugrundstück zugesichert.

Unterdettingen O. Biberach, 5. April. III. Stufe 4. Die Ausbubarbeiten der III. Stufe 4 gehen der Vollendung entgegen. Es wurden bis heute im Oberkanal rund 180 000 Kubikmeter Erde ausgehoben. Im Unterkanal wurden 430 000 Kubikmeter ausgehoben und für das Krafthaus allein 45 000 Kubikmeter. Insgesamt bis heute 815 000 Kubikmeter Erdbewegung innerhalb 9 Monaten. Noch etwa 100 000 Kubikmeter sind zu schaffen. Das anfallende Material wurde für die nun fertige Dammschüttung am Oberkanal und für Staubeindämme verwendet. Die Betonierungsarbeiten am Krafthaus sind in vollem Gang. Etwa 45 000 Kubikmeter Beton mit einer Eiseneinlage von 150 Tonnen wurden bis jetzt verarbeitet.

Mergentheim, 5. April. Der Reichstagspräsident als Kurgast. Reichstagspräsident Loebe wird, um sich von den Folgen seiner Blinddarmpoperation zu erholen, am 9. April auf einen kurzen Urlaub hierherkommen. Anfang Mai wird er nach Berlin zurückkehren und die Geschäfte wieder übernehmen.

Friedrichshafen, 5. April. Rundfunk auf dem Bodensee. In den letzten Tagen sind mit dem bayerischen Dampfer „Augsburg“ auf dem Bodensee Sonderfahrten zur Ausprobierung der Rundfunktelegraphie auf den Bodenseedampfern unternommen worden. Die Versuche sollen ein befriedigendes Ergebnis gezeigt haben.

Vom Bodensee, 5. April. Forderungen des Württ. Lehrervereins. Die Vertreterversammlung des Württ. Lehrervereins tagte hier am Sonntag und nahm folgende Entschlüsse an: „Der Württ. Lehrerverein wird gegen jeden verfassungswidrigen Reichsschulgesetzentwurf mit aller Schärfe ankämpfen. Er wendet sich auch gegen eine Hereinnahme von Schulbestimmungen in ein Konkordat. Die Vertreterversammlung des Württ. Lehrervereins bedauert, daß die württembergische Regierung die lückenlose Durchführung des achten Schuljahres bis 1933 hinauschieben will, und daß die Mehrheit des Landtags der vorgeschlagenen Gesetzesänderung in der ersten Lesung zugestimmt hat. Die Vertreterversammlung bittet die Regierung, den Entwurf zurückzuziehen und Maßnahmen für die allgemeine Durchführung des achten Schuljahres auf das Frühjahr 1928 zu treffen. Den Landtag aber bittet sie, seinen ganzen Einfluß auszuüben, damit eine weitere Schädigung des württembergischen Schulwesens verhindert werde“.

Weissenbach (Murgtal), 5. April. In der Wohnung einer angesehenen Bürgerfamilie erschof der 20jähr. Schneidergeselle Bohmiller aus Gerstetten in Württemberg, der in Obertsrot in Stellung war, auf die 18jährige Haus-tochter, mit der er ein Verhältnis hatte, und brachte sich dann selbst einen Schuß in den Kopf bei. Schwer verletzt wurden beide ins Krankenhaus nach Gernsbach gebracht. Der junge Mann dürfte kaum mit dem Leben davonkommen, während man das Mädchen zu retten hofft.

Aus Stadt und Land

Nagold, 6. April 1927.

Es kommt überhaupt nicht darauf an, was für Meinungen einer hat, sondern darauf, ob einer ein rechter Kerl ist.

Zu den Krankenhauserweiterungsbauten

Am vergangenen Freitag, den 1. April wurden auf dem in dem bisherigen Isolierhaus des hiesigen Krankenhauses befindlichen Baubüro die verschiedenen Arbeiten für den Rohbau der Krankenhauserweiterungsbauten vergeben. Es wurden übertragen: die Grab-, Beton-, Maurer- und Steinhauerarbeiten zum Preise von 58 589 M (65 852 M), die Eisenbetonarbeiten zu 19 645 M (25 299 M), die Kläranlage mit 12 cbm Inhalt zu 4 588 M (6 138 M), sämtliche an die Fa. Kaupp & Sengler - Nagold, die Zimmerarbeiten zu 9 512 M (10 959 M) an Martin Kalmach - Spielberg. Die Walzblechlieferung erhielt Fa. Berg & Schmid - Nagold, die Operations- und Sterilisationsarbeiten kamen nach München an Fa. C. Stiefenhofen. An dem Ausschreiben beteiligten sich 3 Firmen von Nagold, einschließlich der Fa. Kaupp & Sengler, und 9 Firmen außerhalb des Oberamtsbezirks. Die in Klammern aufgeführten Zahlen stellen jeweils die Höchstforderung anderer beteiligter Firmen dar. Wie wir hören hofft man im August mit den Rohbauten und in nächsten Jahre um diese Zeit mit den Gesamtbauten fertig zu werden.

Die Messungen und Beobachtungen der Wetterstation Nagold im Jahre 1926

dürften für unsere Leser von großem Interesse sein, besonders aber für unseren Landwirt, dem diese Frage in erster Linie naheliegt. Wir verweisen deshalb auf Aufsatz und Tabellen auf Seite 5 der heutigen Ausgabe.

Neue Luftpostmarke. Anfang April wird eine neue Luftpostmarke zu 15 ¢ herausgegeben. Die violettfarbige Marke zeigt, wie die übrigen Luftpostwertzeichen, das Bild eines von einer Felsenspitze zum Flug aufsteigenden Adlers. Luftpostmarken zu 5 ¢ werden künftig nicht mehr hergestellt; die vorhandenen Bestände können jedoch aufgebraucht werden.

Neuregelung der Invalidenversicherung. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am 26. März ein Initiativgesetzentwurf der Regierungsparteien angenommen, wonach am 1. Juli folgende Lohnklassen und Beiträge für die Invalidenversicherung in Kraft treten sollen:

Klasse:	Wochenlohn:	Beiträge:
1.	bis zu 6 RM.	0,30 RM.
2.	von mehr als 6 bis zu 12 RM.	0,60
3.	von mehr als 12 bis zu 18 RM.	0,90
4.	von mehr als 18 bis zu 24 RM.	1,20
5.	von mehr als 24 bis zu 30 RM.	1,50
6.	von mehr als 30 bis zu 36 RM.	1,80
7.	von mehr als 36 bis zu ... RM.	2,00

ep. Kirchenopfer am Karfreitag. Das Kirchenopfer am Karfreitag ist bestimmt zur Unterstützung evangelischer Kirchengemeinden des Landes bei Kirchbauten. Es wird vom Evang. Oberkirchenrat den Kirchengenossen um so dringender ans Herz gelegt, als sehr große und wichtige Bedürfnisse nach Herstellung gottesdienstlicher Räume vorliegen. Eine ganze Reihe von Gemeinden steht vor der Aufgabe, ihre Kirchen zu erneuern oder neu zu bauen, so in besonders dringlicher Weise Gerhausen, Def. Blaubeuren, und Affstätt, Def. Herrenberg. Die Sieblungen, die jetzt hin und her entstehen, um der Wohnungsnot abzuhelfen, fordern gebieterisch von der Kirche Fürsorge für geordneten kirchlichen Dienst an den Bewohnern der neu sich bildenden Stadtteile.

Obertalheim, 5. April. Generalversammlung des Darlehenskassenvereins. Am letzten Sonntagnachmittag 1/3 Uhr hielt der hiesige Darlehenskassenverein seine jährliche Generalversammlung im Gasth. z. „Engel“. Der Vorstand, Gemeindepfleger Schlotter, eröffnete die Versammlung und begrüßte die zahlreich erschienenen Mitglieder. Zuerst gedachte er des im abgelaufenen Jahre verstorbenen Mitglieds des Aufsichtsrates. Hierauf wurde der Geschäfts- und Klassenbericht von Kassier Schultheiß Zint bekanntgegeben. Die Bilanz schließt mit einem Reingewinn von 799 M 43 ¢ ab. Derselbe wird zu 300 M als Betriebsrücklage, 200 M Aufwertungsfond und der Rest als Reservefond verwendet. An Kunstdünger und Buchenholz wurden insgesamt 12 Eisenbahnwaggons bezogen. Der Zinsfuß beträgt für Einlagen 7% und für Abhebungen 9% gegen im Vorjahre 10 und 12%.

Aus aller Welt

Der gehobene mittlere Dienst in der Reichsfinanzverwaltung ist in diesem Jahr in seinen beiden Abteilungen (für Besitz- und Verkehrssteuern und für den Zolldienst) für die Aufnahme von Zivilanwärtern geöffnet. Voraussetzung für die Zulassung ist mindestens der Nachweis des erfolgreichen Besuchs der achten Klasse einer höheren Lehranstalt. Die für den Dienst erforderliche Rüstigkeit muß durch ein amtliches Zeugnis nachgewiesen werden. Nähere Auskunft über die Dienstbedingungen, Dienstaufgaben und Entlohnung der Anwärter ist durch die zuständigen Finanzämter und Hauptzollämter erhältlich.

Schändung der Bismarckfäule. In der Nacht vom 3. zum 4. d. M. ist die Bismarckfäule in der Bismarckfäule in Hannover, vor der erst die Bismarckfeier stattgefunden hatte, mit Teer und Farbe beschmiert und beschädigt worden. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Große Wohnungsziehungen. Im Bezirksamt Berlin-Wedding ist man sehr umfangreichen Wohnungsziehungen auf die Spur gekommen, die bereits zur Verhaftung des Stadtschreibers Haus geführt haben. Dem Verhafteten sind zahlreiche Fälle von Urkundenfälschungen, Aktenbeseitigungen und sonstigen Vergehen im Amte nachgewiesen. So noch andere Beamte dieser Dienststelle ihre Hand mit im Spiel haben, läßt sich zurzeit noch nicht sagen. Haus war zuletzt Nachweisleiter des Wohnungsamts Wedding.

Hundertjahrfeier von Bremerhaven. Der größte deutsche Ueberseehafen Deutschlands, Bremerhaven, die Tochterstadt der Hansestadt Bremen, kann in diesem Jahr sein hundertjähriges Bestehen feiern. Die Geschichte Bremerhavens an der Wesermündung ist mit der Entwicklung des Norddeutschen Lloyd eng verknüpft. Die Feier findet am 30. April statt.

Die Forschungsreise Sven Hedins in der Mongolei und in Chinesisch-Turkestan scheint ernstlich gefährdet. Die Tsinghün-Universität und andere wissenschaftliche Institute haben scharfen Einspruch erhoben. Alle wissenschaftlichen Entdeckungen in China sollen durch Chinesen gemacht werden; auch sei zu befürchten, daß wichtige Funde außer Landes gebracht werden. Sven Hedin, der zurzeit sich noch in Peking befindet, wies darauf hin, daß der Reise chinesische Gelehrte beigegeben seien und daß kein Fundstätt ohne Erlaubnis der chinesischen Regierung das Land verlassen werde. Die chinesische Regierung scheint von der Erklärung nicht befriedigt zu sein. Auch scheint von japanischer Seite gegen die Forschungsreise Stimmung gemacht zu werden.

Wohlfahrtspflege-Ausstellung in Turin. Im Sommer d. J. soll in Turin eine Wohlfahrtspflege-Ausstellung, Mutter und Kind“ veranstaltet werden. Die Leitung ist mit der Leitung der Ausstellung für freie Wohlfahrtspflege, die vom 8. Mai bis 12. Juni in Stuttgart abgehalten wird, in Verhandlungen über Ueberlassung eines Teils des Materials getreten.

Die Zahl der Kinos in Deutschland betrug im Jahr 1926 4293 mit 1 546 815 Sitzplätzen. 1925 wurden 3878 Kinos mit 1 000 462 Plätzen gezählt. Allerdings waren im Jahr 1925 die Kinos in den kleinen Städten von 2000 bis 5000 Einwohnern noch nicht eingerechnet.

Das „Gespens“ der rumänischen Eisenbahnen. Aus Bukarest werden folgende ganz unglücklich klingende und dabei aufs Wort wahre Geschichten berichtet: Zur Bekämpfung der Verfechtung auf den rumänischen Eisenbahnen hatte die Regierung den General Jonescu ausgesprochen, der es sich zur Aufgabe machte, das Uebel schnell zu beseitigen. Er beschloß, unmissbar mit den Beamten, die das Publikum ausbeuteten, Fühlung zu nehmen. Er machte sich durch einen falschen Bart unkenntlich und begab sich in Zivil nach der Stadt Jassy. Auf der Eisenbahnstation verlangte man von ihm am Fahrkartenschalter den doppelten Fahrpreis, angeblich, weil sonst die Fahrkarten ausverkauft seien. Bei dem Betreten des Bahnsteigs wurde seine Fahrkarte als ungültig erklärt, doch konnte er, nachdem er dem Stationsvorsteher 50 Lei gezahlt hatte, den Bahnsteig unbehindert passieren. Als der Zug sich in Bewegung gesetzt hatte, stellte der Zugkontrollleur fest, daß die Fahrkarte ein falsches Datum trug, jedoch war er großzügig genug, den Reisenden gegen eine Bestechung die Weiterfahrt zu gestatten. Bei der Ankunft am Bestimmungsort wurde ihm das Gepäck gestohlen. Ein Lieferant des Eisenbahnministeriums war seit langem als Hauptbestecher der Beamten berüchtigt. General Jonescu begab sich zu ihm, und stellte sich als Kaufmann aus Bukarest vor. Der abnungslose Lieferant lieferte dem General eine Liste von verschiedenen Ministerialbeamten aus, und vereinbarte die zu zahlenden Bestechungsgelder. Die Folge dieser lehrreichen Reise war, daß zweihundert Eisenbahnbeamte entlassen und den Gerichten zugeführt wurden. Nunmehr ist General Jonescu zum „Gespens“ der rumänischen Eisenbahnen geworden, die in jedem harmlosen Fahrgast den verkleideten General wittern.

Die schlante Linie des Prinzen von Wales. Der Prinz von Wales ist ein Gegner der Ehe. Er will vom Heiraten nichts wissen. Er ist wenig, denn er will keine schlante Linie behalten. In der vorigen Woche hat der Thronfolger bei einem Essen im Mansion House nur „um zwei Schritten kaltes Roastbeef, sonst nichts, bitte“. Einige Tage hernach nahm er an einer Festmahlzeit in einem Privatklub teil. Er aß dort nichts als ein Stüchchen Cheddarkäse mit Sellerie und ein paar Reks. Als die Hausfrau ihn besorgte fragte, ob er sich vielleicht nicht wohl fühle, antwortete der Prinz lachend: „Im Gegenteil, ich fühle mich sehr wohl! Aber ich will nicht dick werden. Wenn ich merke, daß ich ein Bäuchlein zu bekommen beginne, würde ich mich verpflichtet fühlen, recht bald zu heiraten. Diesen Augenblick möchte ich am liebsten so weit als nur möglich in die Zukunft hinauschieben.“

Die geklammerte Amerikaner. Im Durchschnitt gibt jedes amerikanische Möbel allein einundneunzig Cents (3,80 Reichsmark) im Jahr für Gesichtsfarben und Hautcreme aus, die in Amerika hergestellt werden. Nach der jüngsten Statistik wurden im vergangenen Jahr für 35 Millionen Dollars Cremes und Gesichtsfarben, für 22 Millionen Toilettenpulver, für 21 Millionen Parfüms und für zwei Millionen Hautfärbemittel hergestellt. Das sind — wohl gemerkt, auf Grund der Großhandels-, nicht der viel höheren Detailhandelspreise — 80 Millionen Dollars. Die außerordentlich große Einfuhr besonders an Parföer Toilettenartikeln ist hier nicht eingerechnet.

Die Cholera in Indien. In den indischen Bezirken Belgam und Dharwar wurden zwischen dem 12. und 26. März 2000 Cholerafälle gemeldet, von denen 900 tödlich verliefen.

Mit d...
Seite...
Er...
Der...
Admiral...
In der...
die Erränge...
den Rechnung...
reich habe...
haltjahr des...
worden sind...
Erbschaftssteuer...
für...
Millionen...
Millionen...
Stichmonat...
der Bor...
reich wert...
jahr 1927...
mit 470 Mil...
mer liegen...
Rechnungsja...
während der...
dem ist das...
1927 auf 16...
ministerium...
berechtigt...
in der Steuer...
Steuerrückfä...
Im Rech...
über die Sta...
jahr erhalten...
1926 nur ru...
bis zum 1. A...
auf rund 42...
rund 620 M...
bemerkte das...
Erhöhung...
Reichsfinanz...
der Steuerrück...
1926 findet...
ausdrücklich...
standen sich...
bessert habe...
1926 die gef...
ein wenig m...
betragen die...
1926 55 v. S...
zu, daß die...
auf Steuerf...
dings standen...
noch immer...
guna aus...
Während...
gangene Jah...
den wirtschaft...
aufgestellt...
Eintraben d...
Rücksicht ne...
einzelne Unte...
also annehm...
Fällen die...
Steuerrückfä...
Schwellen, we...
wältigenden...
Arbeitskräfte...
Anwendung...
mögens- un...
Finanzämter...
durch bei der...
lung der Ste...
stand geriet...
Bereinschun...
und die gef...
nung, daß di...
werden könn...